

Der Buback-Becker-Fall

Vor 33 Jahren wurde der Generalbundesanwalt Siegfried Buback vermutlich von der RAF getötet. Ab heute steht Verena Becker vor Gericht. Es soll klären, was die beiden verbindet.

Seite 2



Möllenberg's Krisenwarnung

Der Chef der Gewerkschaft NGG Franz-Josef Möllenberg im ND-Interview über die Krise, die Macht der Gewerkschaften und einen immer wieder angekündigten »heißen Herbst«.

Seite 3



Die da oben, wir da unten!

Heute in unserer wöchentlichen Debatte: Hans Janosch, Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN in Aachen, thematisiert die Frage demokratischer Repräsentanz.

Seite 10

Standpunkt

Richtiges Rezept

Von Olaf Standke

Little Boy, kleiner Junge, so hieß der Codename der US-Atombombe, die so großes Leid über Hiroshima brachte. Auch 65 Jahre danach werden Tausende von den medizinischen Spätfolgen der Verstrahlung gequält. Gerade hat eine IPPNW-Studie nachgewiesen, dass die Risiken durch die Radioaktivität bisher viel zu gering bewertet wurden. Die Ärztevereinigung weiß also, wovon sie spricht, wenn auf ihrem Weltkongress die Prävention eines Atomkrieges zur vordringlichsten Aufgabe erklärt wird. Laut ihrer Diagnose geht neben der Klimaveränderung von den Kernwaffen die drängendste Gefahr für Gesundheit und Sicherheit der Menschheit aus.

Und die Therapie? Der neue START-Vertrag zwischen den USA und Russland ist ein Anfang, aber nicht mehr. Überfällig sind etwa das Inkrafttreten eines umfassenden Teststoppvertrags und die Rücknahme der Atomwaffen aus höchster Alarmbereitschaft, ein Stopp ihrer Modernisierung wie der Produktion von spaltbarem Material oder die Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen in Nahost und Europa. Gerade auch die Bundesregierung steht in der Pflicht, damit endlich die letzten taktischen US-Kernwaffen aus Deutschland verschwinden. Das Rezept gegen die nukleare Seuche liegt dabei vor, IPPNW und andere Friedensorganisationen haben den Entwurf einer praktikablen Atomwaffenkonvention für die Abrüstung aller Arsenale erarbeitet. Was fehlt, ist der politische Wille zur Umsetzung.

Unten links

Heute erscheint das Buch von Thilo Sarrazin. Darin geht es wieder um den Zuwanderer, und dass der wohl vom Wandern etwas versteht, aber nichts vom Ankommen. Insbesondere der muslimische Araber beschäftigt Sarrazin. Seine Studien haben ergeben, dass dieser seit alters her außer Obst und Gemüse nichts weiter kennt, und das liege an seiner genetischen Zusammensetzung und einem schlecht ausgebildeten Verstand. Der dumme August müsste eigentlich dummer Ali heißen, wenn es nach Sarrazin ginge, und die intime Kenntnis hat wohl mit seiner genetischen Zusammensetzung zu tun. Sarrazins Ahnen sind, wie jeder Namensforscher bestätigen dürfte, schon in grauer Vorzeit gegen die Muselmanen gezogen oder sie waren selbst welche. Die ersten Sarrazins hießen noch Saracenus – wegen ihrer Verbindung zu den gefährdeten Feinden, damals weithin Sarazenen genannt. Sarrazins besondere Lust am Verkünden lässt gar vermuten: Der frühe Sarrazin war Muezzin. uka

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Ärzte fordern Abbau von Kernwaffen

IPPNW-Weltkongress warnt vor atomarer Gefährdung und neuen Risiken durch globale Krise

Von Harald Neuber, Basel

Mit der nachdrücklichen Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen ist im schweizerischen Basel am Sonntag die 19. Weltkonferenz der Ärzte- und Friedensorganisation IPPNW zu Ende gegangen.

65 Jahre nach dem ersten und bislang einzigen Einsatz dieser Massvernichtungswaffen durch die USA in den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki warnten die Teilnehmer des IPPNW-Kongresses vor einer neuen atomaren Gefahr. »Würde es sich bei Nuklearwaffen um einen tödlichen Virus handeln, so würden die Nationen weltweit weder Kosten noch Mühen scheuen, es aufzuhalten und auszurotten«, heißt es in einer Erklärung zum Abschluss des weltweiten Treffens der »Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung«. Fünf Tage lang hatten über 800 Mitglieder die Koordinierung des Kampfes gegen die atomare Bedrohung beraten – ohne Fatalismus: »Noch nie wurde so viel über die Abschaffung von Nuklearwaffen diskutiert wie zurzeit«, betonte etwa Steves Staples vom Rideau-Institut gegenüber ND. USA-Präsident Barack Obama habe das Thema bei seiner Prag-Rede im Vorjahr angesprochen, auch in Sachen Atomwaffenperrvertrag habe es gewisse Fortschritte gegeben.

Während der kanadische Wissenschaftler und Buchautor in der aktuellen Weltwirtschaftskrise Chancen für eine fortschreitende Abrüstung sieht, weil der Unterhalt der Atomwaffen enorme Summen verschlingt, wiesen andere auf deren Gefahren hin. »Der Neoliberalismus hat die globale Krise zwar verursacht«, sagte der indische Po-



Mit einer Straßenaktion warnten Kongressteilnehmer in Basel vor den Gefahren eines Atomkriegs. Foto: flickr/IPPNW1

litikwissenschaftler Achin Vanaik von der Delhi-Universität, den Kapitalismus bedrohe er aber nicht. Vanaik verwies auf derzeit 50 000 US-Militärbasen weltweit. Der IPPNW riet er, den Kampf gegen Atomwaffen und Militarisierung mit dem Einsatz für Gerechtigkeit zu verbinden. Das Weltsozialforum sei dabei ein Bündnispartner.

Die Debatte um die Auswirkung der globalen Krise für Krieg und Frieden beschäftigte den Kongress bis zum Schluss. Bei kleineren Länderdelegationen gab es Beden-

ken, während etwa die personell gut aufgestellte deutsche IPPNW-Sektion für eine solche Erweiterung von Programm und Arbeit eintrat.

In Basel traten vor allem Vertreter südlicher Staaten für eine politische Analyse der Militarisierung und eine Erweiterung der Themenpalette ein, mit denen sich die Organisation befasst. Es gebe verschiedene Konflikttherde und Erscheinungsformen der globalen Krise, sagte der IPPNW-Vertreter und ehemalige Botschafter Nicaragua in Washington, Antonio Jar-

quín, gegenüber ND. Das mache die aktuelle Problemlage noch sehr viel gefährlicher als die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Gerade Lateinamerika erlebe derzeit eine massive Militarisierung durch die USA, auch Europa sei vor dieser Entwicklung nicht gefeit. »Ich gehe davon aus, dass die kommenden Konflikte in Asien rasch auf Europa übergreifen können.« Der Kampf gegen die Krise sei »untrennbar vom Kampf gegen die Militarisierung und die Atomwaffen als deren perverseste Form«.

Neue Massenflucht in Pakistan

Flutwelle nun im Süden des Landes / Appell zu weiteren Spenden

Einen Monat nach Beginn der Jahrhundertflut in Nordpakistan richten die Wassermassen nun verheerende Schäden im Süden des Landes an. Hunderttausende sind auf der Flucht.

Islamabad/Berlin (dpa/AFP/ND). In den Überschwemmungsgebieten in Südpakistan kämpfen tausende Einsatzkräfte gegen die Überflutung weiterer Landstriche durch die Wassermassen des Indus. Am Westufer des Flusses nahe der Großstadt Thatta versuchten Helfer und Soldaten, einen Deich zu stabilisieren, sagte ein Sprecher der Katastrophenbehörde, Khair Mohammad Kaloro, am Sonntag. »Wir arbeiten Tag und Nacht, aber wir wissen nicht, ob wir Erfolg haben werden.« Drei Viertel der etwa 300 000 Einwohner hätten sich bereits in Sicherheit gebracht. Die übrigen warten auf ihre Evakuierung, sollte der Deich brechen.

Insgesamt seien im Küstendistrikt Thatta, in dem der Indus ins Arabische Meer fließt, in den vergangenen drei Tagen etwa 350 Dörfer überschwemmt und hunderttausende Menschen vertrieben worden. Landesweit sind nach UN-Angaben mehr als 17 Millionen Menschen von der Flut betroffen. Unter den Flüchtlingen sind auch

etwa 2,1 Millionen Kinder unter fünf Jahren, von denen bereits mindestens 72 000 an schwerer Unterernährung leiden, wie das UN-Kinderhilfswerk UNICEF am Samstag in Islamabad mitteilte. 200 000 weitere Kinder seien akut mangelernährt. »Wir brauchen dringend zusätzliche 80 Millionen Dollar (62,6 Millionen Euro), um ein Ernährungsprogramm für diese Kinder zu starten.« Andersfalls bestehe die Gefahr, dass sie verhungern oder an Krankheiten sterben, so UNICEF-Sprecher Shahid Mehboob.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu weiteren Spenden für die Flutopfer aufgerufen. Sie bitte »noch mehr Menschen, ihre Unterstützung für die Menschen in schrecklicher Not in Pakistan zu geben«, sagte sie in ihrer am Samstag veröffentlichten Videobotschaft im Internet. Die Hilfe erreiche die Notleidenden garantiert, weil die deutschen Hilfsorganisationen die Hilfsgüter direkt zu den Menschen bringen. Deutschland leiste 25 Millionen Euro an humanitärer Hilfe, »und über die Europäischen Union helfen wir mit 70 Millionen Euro insgesamt«, sagte Merkel. Am Wochenende ist ein Flugzeug mit 100 Tonnen Hilfsgütern aus Deutschland in Pakistan

gelandet. Ein Sprecher der deutschen Botschaft bestätigte die verspätete Ankunft der Hilfslieferung in Islamabad. Zur Ladung gehören Stromgeneratoren und Wasserpumpen, die den Flutopfern helfen sollen.

Die Hilfsorganisation Oxfam hat derweil davor gewarnt, den Wiederaufbau in den pakistanischen Hochwassergebieten hinauszuzögern. Pakistan könne es sich nicht leisten, erst das Ende der Überschwemmungen abzuwarten, erklärte die Organisation am Sonntag. »Einen Monat nach Beginn einer Krise würden wir erwarten, dass sich die Situation stabilisiert hat und die langfristigen Planungen begonnen haben«, sagte Neva Khan, Pakistan-Direktorin von Oxfam. »Aber wir sind noch immer in Phase eins einer wachsenden Katastrophe.«

Um eine langfristige Katastrophe zu vermeiden, muss der Wiederaufbau nach Ansicht von Oxfam parallel zur Soforthilfe unverzüglich beginnen. Für den Bau von Schulen, Straßen und Krankenhäusern seien Milliardenhilfen der internationalen Gemeinschaft erforderlich. Die Organisation warnte, dass viele Bauern die Anbauzeit für die Winterernte verpassen würden.

Hoffenheim überraschend Spitzenreiter

Fußball: Die Bundesliga schlägt weiter Kapriolen: Ex-Meister Wolfsburg nach 3:0-Führung noch 3:4-Verlierer zu Hause gegen Mainz, Schalke nach zwei Spielen punktlos. Spitzenreiter ist Hoffenheim (1:0 bei Aufsteiger St. Pauli). Am Sonntag vergab Leverkusen nach einer 3:6-Klatsche gegen Mönchengladbach die Chance, zum punktgleichen Spitzenquintett aufzuschließen. 2. Liga: Siege für Aue (1:0 gegen Bochum), Cottbus (2:1 in Bielefeld), Niederlage für Union Berlin (1:2 gegen Fürth).

Basketball: Zum WM-Auftakt in der Türkei verloren die deutschen Männer 74:78 gegen Argentinien. Leichtathletik: David Rudisha (Kenia) hat erneut einen Weltrekord über 800 Meter aufgestellt. In Rieti verbesserte der 21-Jährige seine eigene, erst eine Woche alte Bestmarke um acht Hunderstel Sekunden auf 1:41,01 min.

Beachvolleyball: Deutsche Meister wurden die Weltmeister Julius Brink/Jonas Reckermann (Leverkusen/Köln) und Jana Köhler/Julia Sude (Hamburg/Friedrichshafen). Handball: Rekordmeister THW Kiel übernahm zum Bundesligastart mit einem 37:19-Kantersieg über Aufsteiger Friesenheim gleich die Spitze. Seiten 18 bis 20

Platzeck kritisiert Anschluss

Einigungsvertrag habe Einheit erschwert

Berlin/Potsdam (dpa/ND). Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hat 20 Jahre nach Unterzeichnung des Einigungsvertrags den Anschluss der DDR durch die Bundesrepublik kritisiert. »Wir wollten keinen Beitritt, wir wollten ein gleichberechtigtes Zusammengehen mit neuer Verfassung und neuer Hymne, wir wollten Symbole für einen echten, gemeinsamen Neuanfang«, sagte der Regierungschef dem Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«. Platzeck hatte sich 1990 als damaliger Grünen-Volkskammerabgeordneter gegen den im Einigungsvertrag geregelten Beitritt der DDR ausgesprochen. Stattdessen hätte man sich Zeit für einen »echten Einheitsprozess« nehmen sollen.

Der SPD-Politiker macht die westdeutsche »Anschlusshaltung« verantwortlich für viele gesellschaftliche Verwerfungen im Osten nach 1990. Mit der Wiedervereinigung habe eine gnadenlose Deindustrialisierung Ostdeutschlands begonnen, Arbeitslosigkeit sei in nahezu jede Familie eingezogen. Selbst kleinste symbolische Gesten in Richtung Osten hätten gefehlt, so Platzeck. Den Ostdeutschen sei das Gefühl vermittelt worden, »sie müssten alles wegwerfen, es war alles Stasi und alles ideologieverseucht«. Die innere Einheit ist für Platzeck erreicht, wenn eine Ostdeutsche als West-Ministerin kein Grund zum Feiern ist, sondern Normalität.

Kurz

Brandanschlag auf jüdischen Friedhof

Dresden (dpa). Unbekannte haben am Sonntagmorgen einen Brandanschlag auf die Begräbnishalle des Neuen Jüdischen Friedhofs in Dresden verübt. Das teilte das Landeskriminalamt Sachsen mit. Die Täter legten Feuer an der Eingangstür. Der Schmelbrand wurde von einer Radfahrerin entdeckt und konnte rasch gelöscht werden.

Angriff auf Patrouille

Neu Delhi (dpa). Maoistische Rebellen haben im indischen Bundesstaat Chhattisgarh fünf Sicherheitskräfte getötet. Wie Medien am Sonntag berichteten, attackierten etwa 100 schwer bewaffnete Angreifer in der Region Kanker eine gemeinsame Patrouille von Polizisten und paramilitärischen Kämpfern. Die Einsatzkräfte hätten den Angriff zurückgeschlagen.

Vulkanausbruch

Jakarta (dpa). Ein Vulkanausbruch auf der indonesischen Insel Sumatra hat tausende Menschen in die Flucht getrieben. Der Mount Sinabung war am Sonntag zum ersten Mal seit 400 Jahren ausgebrochen. Die Behörden riefen die höchste Alarmstufe aus; mehr als 18 000 Menschen wurden in Sicherheit gebracht. Mindestens zwei Menschen starben.